

WIRTSCHAFTSKOMMISSIONEN
ersamler und verantwortl. Redakteur Rudolf Kagi.
22. Abg. Wien, Freitag, 8. März 1912.

WIENER STADTRAT
Sitzung von Freitag, 8. März 1912
Vorsitzende VB. Hieshammer und VB. Hof.

Das von StR. Hermann vorgelagte Projekt für den Kanallumbau in der Badgasse in der Strecke von der Wagner bis zur Prochtergasse und in der Lichtenthalergasse in der Strecke von der Badgasse bis zur Wiesengasse im 9. Bezirk wird mit den Kosten von 22.000 Kronen genehmigt.

StR. Dr. Haas beantragt, prinzipiell zu genehmigen, daß insgesamt 16 Infektionskrankswagen mit moderner Konstruktion (seitlicher Einschub und Gummiräder) in den Dienst gestellt werden. Da vorläufig 8 Infektionswagen bereits diese Konstruktion besitzen, sind weitere 8 Wagen neu anzuschaffen oder hierzu geeignete alte Wagen auszurüsten. Die pro 1912 mit 8.236 K veranschlagten Kosten seien zu genehmigen. (Abg.)

Die Herstellung eines Werksleiterhauses für das Wiener Versorgungshaus in St. Andrä a. Tr. wird genehmigt. Die Kosten betragen 23.269 K.

Nach einem Berichte des StR. Hürmann wird beschlossen, von einer Abtragung der städtischen Häuser 3. Bezirk, Rabengasse 8 und Knappengasse 15 vorläufig abzusehen.

Nach einem Berichte des StR. Graf wird die Schadloshaltung für den zur Straße abtretenden Grund bei der Realität 16, Bezirk 2, 2882, Ecke der Haalinger- und Rosensteingasse im Ausmaße von 44,56 m² mit 5 K per m² festgesetzt.

Nach einem Berichte des StR. Rain wird das Höchstmaß der Erhaltungsbeiträge für nach Wien zuständige Häuser mit 34 K monatlich festgesetzt. Mit dem Gemeinderatsbeschlusse wurde die der Höchstbetrag mit 30 K monatlich bestimmt.

Nach einem weiteren Berichte des StR. Rain wird beschlossen, die städtische Liegenschaft 8. Bezirk, Florianigasse 39 zu verkaufen.

StR. Hallmann beantragt, die Realität 5. Bezirk, Sonnenuhrgasse 3 im Ausmaße von 255,38 m² um den Pauschalpreis von 47.350 K zu erwerben.

Das von StR. Schneider vorgelegte Projekt für die Errichtung einer Niederdruckdampfheizung im Schulgebäude 8. Bezirk, Sonnenuhrgasse 3 anstatt der vorhandenen Warmwasserheizung wird mit dem Erfordernisse von 35.100 K genehmigt.

StR. Knoll beantragt den Ankauf der Kat. Parz. 1291 und 1292 in Aspern im 21. Bezirk, Langobardenstraße im Ausmaße von 48.329 m² (= 13.424 5 Quadratklaffer) zum Preise von 12 K per Quadratklaffer. (Abg.)

Nach einem Berichtedei StR. Graf wird ein Offert auf Ueberlassung von städt. Grund in 10. Bezirk an der oben genannten Scheiblmiese (nächst der Liebhartthalstraße) zu Arron-

zierungszwecken angenommen. Die Gemeinde Wien übertrug einen rund im Ausmaße von 231,43 m², welcher von den Offerenten um 925 K anzukaufen ist, in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes. Weiters verpflichten sich die Offerenten, den zur Verbreiterung der Liebhartthalstraße erforderlichen Grund unentgeltlich abzutreten.

Versetzung des Radetzkydenkmals Die Gemeinde Wien hat nach einem Beschlusse des Stadtrates (Referent StR. Heindl) ihre Einwilligung zur Versetzung des Radetzky - Denkmals von dem derzeitigen Standorte „Am Hof“ vor die Mitte des neuen Kriegsministerialgebäudes auf den Stubenring gegeben und die Ausgestaltung des Platzes vor diesem Gebäude genehmigt. Die Kosten der Versetzung und die Reinigung des Denkmals samt der Fundierung trägt die Militärverwaltung. Diese errichtet auch auf ihre Kosten beiderseits des Denkmals je einen Monumentalbrunnen bestehend aus einem Basen aus Falserstein und einem Unterbau aus Granit, einer auf einem Granitsockel ruhenden Säule aus Kaiserstein, das Kapitäl gekrönt mit je 2 Adlern, welche Drähte zum Befestigen von Bogenlampen in Schnabel tragen; der figurale Schmuck des Brunnens besteht aus Löwenköpfen an den 4 Seiten der Granitsockel, aus Kriegergestalten, die an den Säulen lehnen und den erwähnten Adlerkopfen und ist aus Bronze herzustellen. Die Ausgestaltung des Platzes hat derart zu erfolgen, daß die Säule vor der Mitte des Kriegsministerialgebäudes beiderseits der Ringstraße zu entfernen und die so geschaffenen Flächen, soweit sie nicht straßenmäßig hergestellt werden, gärtnerisch auszugestalten sind. Das Radetzkydenkmal bleibt auch nach der Versetzung im Eigentume der Gemeinde Wien, die beiden Monumentalbrunnen gehen nach erfolgter Aufstellung ebenfalls in ihr Eigentum über. Ferner wurde ein Zusatzantrag des StR. Schneider genehmigt, welcher unter Hinweis auf seine bei der betreffenden Verhandlung am 13. Mai 1911 bereits gegebene Anregung neuerlich vorschlägt, es möge, da der Raum zwischen dem Radetzkydenkmale und dem Geleise der Straßenbahnen für die Fußgänger nicht breit genug erscheint, durch Weglassung der Ketteneinfriedung und einer Stufe des Postaments der nötige Raum geschaffen werden.

Zufuhr von Fleisch aus Galizien Unter der Führung des Obmannes des gemeinderätlichen Approvisionierungsausschusses StR. Dr. Klotzberg sprach heute eine Deputation bestehend aus dem Vertreter des Ornamts der Viehhändler Kommerzialrat Leopold Saborsky und Fleischkommissionären aus der Großmarkthalle beim Bürgermeister Dr. Neumayer vor, um Nachfolgendes zu unterbreiten: In Galizien ist die Gründung einer Gesellschaft beantragt, welche plant, an gewissen Verladestellen Kühlhäuser auf-

zubauen zu errichten um die Zufuhr von Fleischtransporte zu erbauen. Heute befinden sich in der Großmarkthalle ungefähr 60 Fleischkommissionäre, welche bestrebt sind, aus Galizien und Bukowina nach Funlichkeit Fleisch nach Wien zu bringen, so daß die Wiener Bevölkerung in der günstigen Lage ist Fleisch zu billigen Preisen in der Großmarkthalle einkaufen zu können, weil diese Fleischkommissionäre untereinander sich Konkurrenz bieten um einen möglichst raschen Absatz zu erzielen. Wenn aber der Fleischtransport nach Wien von einer einzigen Gesellschaft in die Hand genommen wird, dann wird diese die Fleischpreise nicht im Interesse der Wiener Bevölkerung bestimmen, sondern die Preise würden durch ein so übermächtiges Konsortium den Wienern diktiert werden. Die Deputation stellte an den Bürgermeister die Bitte, die Stadt Wien möge an das Eisenbahnministerium und die übrigen beteiligten Behörden herantreten, die k. k. Staatsbahnen mögen solche Kühlhäuser in eigener Regie errichten. Es sind im Ganzen nur 10 erforderlich. Die Gesamtansgaben für diese Kühlhäuser werden ca. 120.000 K betragen, welche kleine Investition durch einzunehmende Gebühren in kurzer Zeit amortisiert wird. Ferner ersuchte die Deputation, die Gemeinde Wien möge auf die k. k. Staatsbahnen Einfluß nehmen, daß diese ihre Kühlwaggons, welche zum großen Teile veraltet sind, nach neuestem System adaptieren lassen. Wenn diese Wünsche erfüllt werden, dann würde verhindert, daß die Fleischtransporte aus Galizien und Bukowina in eine Hand kommen und es bliebe die Konkurrenz, welche für das in der Großmarkthalle einkaufende Publikum von großem Vorteile ist, bestehen. Der Bürgermeister versprach, sich über diese Angelegenheit informieren zu lassen und die städtischen Ämter zu beauftragen, darüber zu berichten. Nächsten Montag wird eine Sitzung des gemeinderätlichen Approvisionierungsausschusses stattfinden, welche sich mit dieser Sache eingehend beschäftigen und Experten einladen wird.

Neue Bezirksschulinspektoren In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte StR. Tomela zur Kenntnis, daß vom Unterrichtsminister der Professor am Staatsgymnasium des 18. Bezirkes Dr. Josef Galmaler zum Bezirksschulinspektor für den 8. Wiener Gemeindebezirk und der Bürgerchulndirektor Ernst Wohlbach zum Bezirksschulinspektor für den 7. Wiener Gemeindebezirk ernannt zu.

Zur Gehaltserhöhung der Wiener Lehrerschaft Beim Unterrichtsminister Dr. von Russarek sprachen gestern namens der Gemeinde Wien VB. Hof als Finanzreferent und StR. Tomela als Schulreferent mit der Bitte vor, um baldige Erwirkung der Fanktion des neuen Lehrergeltdesetzes. Seine Excellenz anerkannte in war-

den Worten des Referenten der Gemeinde Wien, ihre Lehrgeltdesetze auf eine vorbildliche Höhe zu bringen, machte Mitteilungen über die Durchsicht des Gesetzes im Finanzministerium und versicherte, das Unterrichtsministerium werde, soweit seine Kompetenz reiche, alles tun, um die baldige Gesetzgebung der Vorlage zu ermöglichen.

Die Vorgänge bei den Straßenbahnen
Ueber den Beschluß des Gemeinderates Ausschusses für die städt. Straßenbahnen vom 6. März d. J., der die Dienstverfügung der Straßenbahndirektion in betreff des Reichsvereines der in Gemeinden und öffentlichen Betrieben bediensteten Arbeiter Österreichs und in betreff der Zeitschrift der „weckruf“ aus Gegenstände hatte, wird uns folgendes mitgeteilt: Die Dienstverfügung ist auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses vom 21. Februar d. J. erlassen worden. In der Sitzung vom 8. März d. J. hat der Ausschuss nicht nur den Bericht über die Hinmussgabe der Dienstverfügung zur Kaputtgabe genehmigt, sondern auch ausdrücklich erklärt, daß für ihn kein Anlaß zur Aenderung dieser Dienstverfügung vorliege und der darin gekennzeichnete Standpunkt aufrecht erhalten werde. Die Straßenbahndirektion ist daher verpflichtet, den Beschluß des Ausschusses vom 21. Februar d. J. durchzuführen und der Dienstverfügung gegenüber den Bediensteten, die ihr nicht Folge leisten und damit ihren Dienstpflichten zuwiderhandeln, Geltung zu verschaffen.

NB Der heutigen Korrespondenz liegt der Abzug einer Notiz bei „Die Gemeinderatswahlen und die Joco haiker“. Die Notiz ist veranlaßt durch Sektionschef Dr. Ritter von Berger, welcher das größte Gewicht auf eine möglichst ausführliche Wiedergabe legt und die PT. Kollegen dringendst und höflichst darum ersucht.